

oder die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Schwieberdingen, 05.06.1997

Spiegel
Bürgermeister

Inkrafttreten der Bebauungsplanänderung Gewerbegebiet nördlich der B10/Markgrö- ninger Straße (Bereich "Lange Furche")

Die vom Gemeinderat der Gemeinde Schwieberdingen am 14.05.97 in öffentlicher Sitzung als Satzung beschlossene Bebauungsplanänderung "Gewerbegebiet nördlich der B10/Markgröninger Straße" (Bereich "Lange Furche") wurde der höheren Verwaltungsbehörde, dem Landratsamt Ludwigsburg, aufgrund von § 11 Baugesetzbuch (BauGB) angezeigt.

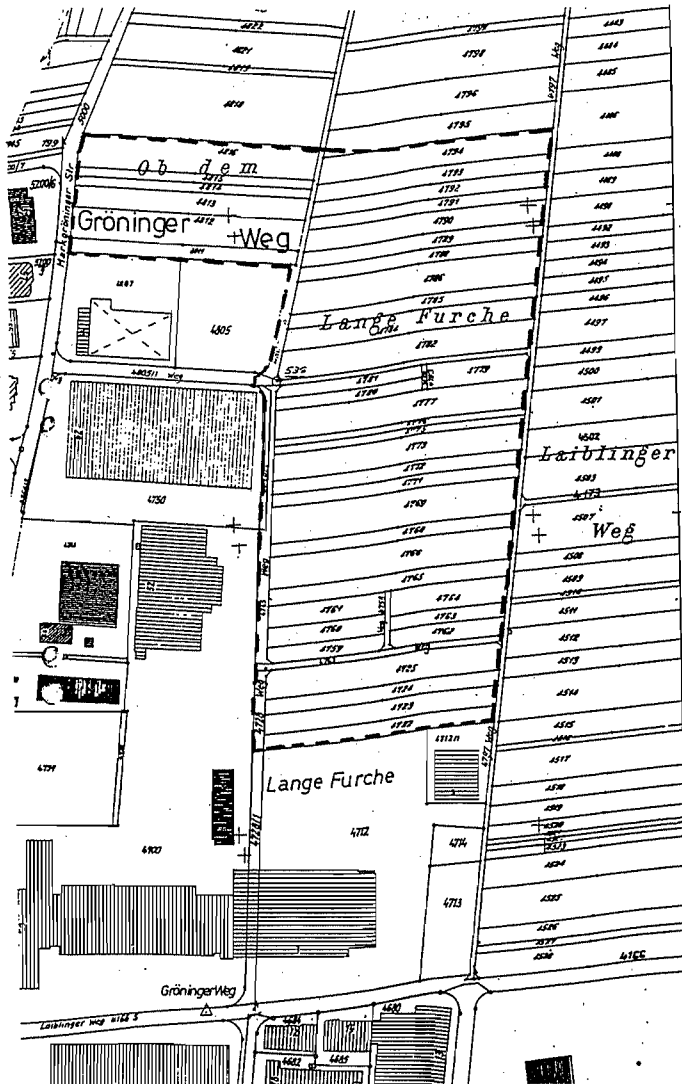
Eine Verletzung von Rechtsvorschriften wurde nicht geltend gemacht.

Das Gebiet der Bebauungsplanänderung wird im wesentlichen wie folgt umgrenzt:

- im Norden von den Nordgrenzen der Flst. 4816 und 4794 sowie von einer südlichen Teilfläche des Flst. 4795,
- im Westen von der Markgröninger Straße, der Ostgrenze des Flst. 4805 und den Westgrenzen der Feldwege Flst. 4745 und 4728,
- im Osten von der Westgrenze des Feldwegs Flst. 4797,
- im Süden von der Südgrenze des Flst. 4722.

Maßgebend ist der Bebauungsplanentwurf mit Textteil vom 16.10.1996/19.03.1997 des Planungsbüros Rauschmaier, Bietigheim-Bissingen sowie die Begründung vom 16.10.96.

Der Planbereich ist im nachfolgenden Kartenausschnitt dargestellt:



Der Bebauungsplan "Lange Furche" tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft (vgl. § 12 BauGB).

Der Bebauungsplan kann einschließlich seiner Begründung beim Bürgermeisteramt Schwieberdingen, Schloßhof 1, in Zimmer 106 des Rathauses während der üblichen Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann die Planänderung und ihre Begründung einsehen und Auskunft über ihren Inhalt verlangen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel in der Abwägung sind gem. § 215 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB unbeachtlich, wenn die Verletzung der oben genannten Verfahrens- und Formvorschriften nicht innerhalb eines Jahres, Mängel in der Abwägung nicht innerhalb von 7 Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Bei der Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.

Nach § 4 Abs. 4 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg gilt der Bebauungsplan - sofern er unter der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung oder aufgrund der Gemeindeordnung ergangenen Bestimmungen zustande gekommen ist - ein Jahr nach dieser Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung des Bebauungsplans verletzt worden sind,
2. der Bürgermeister dem Beschluß nach § 43 Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat, oder wenn innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluß beanstandet hat oder die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Schwieberdingen, 05.06.1997

Spiegel
Bürgermeister

Inkrafttreten des Bebauungsplans "Änderung und räumliche Erweiterung des Bebauungs- plans Anlagenweg - westliche Erweiterung"

Der vom Gemeinderat der Gemeinde Schwieberdingen am 14.05.97 in öffentlicher Sitzung als Satzung beschlossene Bebauungsplan "Änderung und räumliche Erweiterung des Bebauungsplans Anlagenweg - westliche Erweiterung" wurde der höheren Verwaltungsbehörde, dem Landratsamt Ludwigsburg, aufgrund von § 11 Baugesetzbuch (BauGB) angezeigt.

Eine Verletzung von Rechtsvorschriften wurde nicht geltend gemacht.

Der vorgesehene Geltungsbereich ist in dem auf Seite 6 abgedruckten Lageplan dargestellt.

Maßgebend ist der Bebauungsplanentwurf mit Textteil vom 05.12.1996/19.03.1997 des Planungsbüros Lutz + Partner, Stuttgart sowie die Begründung des Bürgermeisteramts Schwieberdingen vom 05.12.1996.

Der Bebauungsplan "Änderung und räumliche Erweiterung des Bebauungsplans Anlagenweg - westliche Erweiterung" tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft (vgl. § 12 BauGB).

Der Bebauungsplan kann einschließlich seiner Begründung beim Bürgermeisteramt Schwieberdingen, Schloßhof 1, in Zimmer 106 des Rathauses während der üblichen Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann die Planänderung und ihre Begründung einsehen und Auskunft über ihren Inhalt verlangen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche, deren Lei-